

Reformstau auflösen, Zuwanderung gestalten – und neue Chancen ergreifen

Chirurgie appelliert an die künftige Koalition aus CDU und SPD

Berlin - Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie e.V. (DGCH) bestärkt die kommende Regierung in dem Vorhaben, mit der künftigen Koalition zu „reformieren und investieren“. Konkret appelliert die DGCH, zügig die Krankenhausreform und die Notfallgesetzgebung umzusetzen. Zugleich bestärkt die Fachgesellschaft die Koalitionäre, neue Chancen zu ergreifen und in die internationale Gesundheitsdiplomatie zu investieren. Darüber hinaus betont die DGCH, wie wichtig Zuwanderung für eine flächendeckende Versorgung im deutschen Gesundheitswesen ist. Dazu erklären Professor Dr. med. Udo Rolle, Präsident der DGCH, und Professor Dr. med. Thomas Schmitz-Rixen, Generalsekretär der DGCH:

„Zum Punkt investieren:

Wir befinden uns in einer Zeit des weltweiten Umbruchs, auch im Gesundheitssektor. Während der US-Ausstieg aus der WHO und die NIH-Kürzungen Probleme für globale Gesundheitssysteme und Forschungsprogramme bringen, ergeben sich für Deutschland daraus auch Chancen: **eine stärkere Führungsrolle in der WHO und globalen Gesundheitsinitiativen, der Gewinn von Spitzenwissenschaftlern aus den USA und die Verlagerung von Forschungsgeldern und Pharma-Investitionen nach Europa.** Allerdings müssen diese Chancen aktiv genutzt werden – durch höhere nationale Investitionen in Forschung, stärkere europäische Kooperationen und eine strategische Neuausrichtung der internationalen Gesundheitsdiplomatie.

Zum Punkt reformieren:

Deutschland hat das teuerste Gesundheitssystem in Europa, schneidet aber in Bezug auf die medizinische Qualität beispielsweise bei Krebsoperationen nur mittelmäßig ab. Unser System ist hochgradig ineffizient, was sich in den drohenden Klinikinsolvenzen widerspiegelt. Dieses Kliniksterben lässt sich auch mit mehr Geld nicht aufhalten, sondern nur aufschieben. **Was wir dringend benötigen, sind neue Strukturen, und dazu gehört neben dem Bürokratieabbau vor allem die Zentralisierung komplexer chirurgischer Eingriffe.** Das Resultat wird nicht nur eine bessere medizinische Qualität, sondern auch eine bessere Allokation von Personal, Material und technischen Ressourcen sein. Denn Personal wird knapp; die Babyboomer verlassen allmählich die ärztlichen Berufe, und der Effekt einer verstärkten Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern greift erst in zwölf Jahren. Wir appellieren daher an alle demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene, die dringend benötigte Reform der Krankenhausstrukturen und der Notfallversorgung zügig voranzubringen **und dabei die Expertise der medizinischen Fachgesellschaften einzubinden.** Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), das bis 2029 nach und nach umgesetzt sein soll, bietet dafür die Grundlage. Bürgerinnen und Bürger, die auch für den Umbau unseres Gesundheitssystems bereits mit erhöhten Krankenkassenbeiträgen in Vorleistung gehen, erwarten Lösungs- und Handlungskompetenz. **Auch wenn die bisher bekannt gewordenen Punkte des Koalitionsvertrags an einigen Stellen durch Detailtiefe überraschen, bleiben wichtige Punkten wenig konkret und geradezu unambitioniert. Hier muss deutlich nachgeschärft werden,** um dem Anspruch einer Zeitenwende gerecht zu werden.

Auch gehen wir davon aus, dass die erwähnte Kinder- und Jugendmedizin sowohl die konservative als auch operative Kinder- und Jugendmedizin subsummiert.

Zum Punkt reformieren und investieren:

Darüber hinaus ist es uns wichtig zu betonen, dass heute in Deutschland kaum ein Krankenhaus ohne ausländisches Personal auskommt. So bestätigt eine Studie des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) vom 13.12.2024: 96 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland haben in den vergangenen fünf Jahren ausländische Ärzt*innen oder Pflegekräfte beschäftigt; 83 Prozent erwarten einen weiteren Anstieg in den nächsten fünf Jahren.(1) **Eine flächendeckende, sichere Versorgung wäre ohne Zuwanderung kaum mehr möglich und würde angesichts der demographischen Probleme völlig zum Erliegen kommen. Auch wenn die irreguläre Migration zurückgeführt werden soll, müssen wir weiterhin in eine Willkommenskultur für gewünschte Zuwanderung investieren.** Die gemeinsame Arbeit in ambulanten und stationären Einrichtungen der Chirurgie und aller anderen medizinischen Fächer ist eine der besten Formen der Integration und sollte zeitnah nach der Zuwanderung möglich sein. Chirurgie war und ist Vielfalt.“

Quellen:

Link zur

Studie: https://www.dkgev.de/fileadmin/default/Mediapool/3_Service/3.1_DKI-Analysen_und_Gutachten/2024_12_13_Bericht_Internationale_Talente.pdf

Deutsche Gesellschaft für Chirurgie (DGCH) und assoziierte chirurgische Fachgesellschaften

Die DGCH wurde 1872 in Berlin gegründet. Sie gehört damit im 153. Jahr ihres Bestehens zu den ältesten medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Sie vereint unter ihrem Dach alle Säulen des Gebietes Chirurgie und vertritt damit mit ihren über die einzelnen Fachgesellschaften assoziierten Mitgliedern mehr als 22 700 Chirurginnen und Chirurgen. Unter dem Dach der DGCH sind folgende Fachgesellschaften vereint: Deutsche Gesellschaft für Allgemein- und Viszeralchirurgie (DGAV), Deutsche Gesellschaft für Gefäßchirurgie und Gefäßmedizin (DGG), Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie (DGKCH), Deutsche Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie (DGMKG), Deutsche Gesellschaft für Neurochirurgie (DGNC), Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und orthopädische Chirurgie (DGOOC), Deutsche Gesellschaft für Plastische, Rekonstruktive und Ästhetische Chirurgie (MedWissRÄC), Deutsche Gesellschaft für Thoraxchirurgie (DGT), Deutsche Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie (DGTHG), Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) und im Prinzip Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU).